

# Jetzt handeln

## ARMUTSKONFERENZ: Reform der Sozialhilfe ist Gebot der Stunde

Experten drängen auf eine Reform der Sozialhilfe: mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit wird der Sozialhilfebedarf in den kommenden Monaten in die Höhe gehen. „Seit Februar steigen die Zahlen am Salzburger Sozialamt und das wird sich noch verschärfen“, ist Robert Buggler von der Armutskonferenz überzeugt.

**SALZBURG.** Milliarden für Banken und Wirtschaft – bei der österreichweiten Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung ist die Politik bis jetzt säumig. Bundeskanzler Werner Faymann kündigte kürzlich wieder die Einführung mit 1. Jänner 2010 an, aber Worte sind bekanntlich keine Taten.

**Die Sozialexperten** Buggler und Norbert Krammer vom Vertretungsnetz Sachwalterschaft orten jedenfalls dringenden Handlungsbedarf: „Jetzt steigen die Arbeitslosenzahlen.“ Mit etwas Zeitverzögerung wirke sich das auch auf die Zahl der Sozialhilfe-Empfänger aus. 2007 waren es im Bundesland Salzburg 10.600 Menschen. „Aktuelle Zahlen gibt es zwar keine, aber die Krise wird die Armutgefährdung in die Höhe treiben.“ Dazu kommt, dass der Vollzug, also die Gewäh-



*Im Juni stieg in Österreich die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 33 Prozent (Salzburg 50 %). „Das hat zeitverzögert Auswirkungen auf die Sozialhilfe“, erklären Robert Buggler, Norbert Krammer und Astrid Lüttich (v.l.).*

rung von Sozialhilfe, nicht selten zu einem Spießrutenlauf für die Betroffenen wird. Die Fälle werden komplexer, die Wartezeiten sind lang. Soforthilfe oftmals nicht gewährt, der tatsächliche Wohnungsaufwand nicht gedeckt ...

**Für Robert Buggler steht fest,** es braucht eine Verbesserung auf mehreren Ebenen: ausreichend qualifiziertes Personal, Transparenz, Rechtssicherheit und unabhängige Beratungszentren. „Wir kennen Fälle, wo falsche Auskünfte von den Sozialbehörden erteilt wurden. Hat ein Arbeiter ein Problem, geht er zur Arbeiterkammer, für

Sozialhilfeempfänger gibt es keine anwaltschaftliche Struktur.“

**Astrid Lüttich vom Verein** für allein erziehende Mütter und Väter kennt die Hürden beim Stellen von Sozialhilfe ebenfalls. So müsse derzeit das ganze Vermögen aufgelöst werden. „Viele Alleinerziehende verzichten dann lieber gleich, bevor sie kleine Ansparungen, etwa die Bausparverträge der Kinder, vorzeitig aufbrauchen.“ Lüttich schlägt einen Freibetrag von 3.000 Euro pro Kind vor. „Zur Finanzierung der Schul- oder Berufslaufbahn. Das würde der Vererbung von Armut entgegenwirken.“ *ibu*